

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Suerate: Wilhelm Sandau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franck & Co., Magdeburg, Große Märkische 3. — Fernsprechz. 1567, für die Suerate 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungsspreisliste Seite 351.

Bezugspreis: Biertäglich einschl. Zustellung 4.50 M., monatlich 1.50 M. Beim Abholen vom Verlag und den Buchhandlungen vierterjährlich 4.20 M., monatlich 1.40 M. Bei den Postanstalten viertelj. 4.50 M., monatlich 1.50 M. ohne Versandgebühr. Einzelne Nummern 15 Pf. — Einzelgegengebühr: die Tageszeitung kostet 25 Pf., im Heftformat 30 Pf., im Stellformat 35 Pf. — Bereitschaftsgebühr: Seite 20 Pf. Anzeigen-Kabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postleistungskonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 144.

Magdeburg, Dienstag den 24. Juni 1919.

30. Jahrgang.

Mit geschlossenen Augen.

Der Friede ist da. Nach bald fünf Jahren der entsetzlichsten Not, des grausamsten Drucks, des unerhörtesten Blutvergiebens, der zahllossten Opfer.

Der Friede ist da! Wir haben in den langen, langen Monaten nicht endender Qual uns die Botschaft anders geträumt, wie sie jetzt Wirklichkeit geworden. Wir Sozialdemokraten wollten ein Kriegsende ohne Sieger und Besiegte und einen rechtzeitigen Friedensschluß der Verständigung, Versöhnung und der internationalen Gerechtigkeit. Denn wir kannten die Mächte und Strömungen des Kapitalismus und Imperialismus. Jeder vorlebige Sieg würde die Sieger zu maflosen Bedingungen der Unterdrückung, Knebelung und Ausbeutung der Besiegten verleiten.

Wir Sozialdemokraten sind wegen unserer Haltung jahrelang als Vaterlandsvertreter oder Klaumacher beschimpft und verlästert worden. Jetzt werden diejenigen, die der Schelten gegen uns sich nicht genug tun konnten, erkennen, wie richtig unsre Forderung war und wie heilsam es gewesen, wenn die bürgerlichen Parteien sich mit uns vereinigt hätten. Denn nun sind die Deutschen die Unterlegenen; nun erfahren wir seit hundert Jahren zum erstenmal wieder, wie einem besiegteten Volke zumute ist; nun werden

uns die Bedingungen diktiert,

unter denen der Waffenfriede einzischen soll.

Die Bedingungen sind so hart, wie sie noch nie in der Geschichte einem von der Uebermacht besiegierten Volke auf-

gelegt worden sind. Der Kapitalismus und Imperialismus der Entente kennt keine Schonung, keine Rücksicht. Nicht einmal die Rücksicht auf die eignen materiellen Vorteile. Ein ganzes großes Volk, das in Kultur wie Wirtschaft doch einiges geleistet und einiges der ganzen Menschheit gegeben hat, soll verstoßen, zerissen, der Schuldnechtschaft und Arbeitsfähigkeit für Jahrzehnte überlassen werden. Und gegen dieses Diktat des hochfüllten, heutigen Siegers gibt es kein andres Entrinnen, als den Untergang. Entweder sterben oder mit einer unerträglichen Last auf dem Rücken weiterkriechen in der Hoffnung, die Last allmählich erleichtern und schließlich doch noch mal abwerfen zu können.

Vor diesem Entweder-Oder stand am historischen dunklen 22. Juni die politische Vertretung des deutschen Volkes, die Nationalversammlung. Sie hat sich mit 237 gegen 138 Stimmen für das „Oder“ entschieden. Denn ein Volk von sechzig Millionen kann nicht sterben wie ein einzelner; es ist nicht mit einem bloßen Willensakt auszurotten; es ist nicht möglich sein.

Es kann nicht handeln, wie die deutschen Matrosen, die die deutsche Flotte versenkten,

weil sie sie nicht in die Hände der Sieger fallen lassen wollten. Es wird vielmehr für die Tat der deutschen Mannschaft, für diese Explosion ihres Gefühls und ihrer Empörung über all das Schmähliche, das uns angetan wird, noch bitter büßen müssen. Die Entente wird den entgangenen Gewinn von dem deutschen Volk einkassieren. Tonne um Tonne. Wir werden mit Handelschiffen bezahlen müssen, was sie an Kriegsschiffen verloren hat, und wir werden noch ärmer werden, als wir ohnehin schon sind. Nach arbeitsbelasteter, als wir durch den Willen der Gegner ohnehin schon geworden.

Aber immerhin, eine solche Tat des Horrors, der Empörung und für viele von ihnen auch der Selbstauslöschung ist möglich. Unmöglich dagegen ist, daß ein ganzes Millionenfolk sich selbst auf den Grund des Meeres senkt. Das Volk lebt und wird auch unter dem härtesten Gewaltsfrieden leben müssen. Da gilt es, diese Zukunft, die nicht abschneiden ist, so zu gestalten, daß sie auch eine Zukunft in sich birgt.

Das ist nur möglich, wenn das Diktat des Siegers unterzeichnet wird. In dieser härtesten aller Notwendigkeiten hat die Mehrheit der Nationalversammlung ihre Zustimmung gegeben, doch unter das Dokument der Gewalt die deutsche Unierecht gelehrt wird. Eine Zustimmung ohne jede Beschränkung. Wir wollen den Waffenfrieden, da nur dann dem deutschen Volk eine entfernte Möglichkeit bleibt, sich wieder eine Zukunft erbauen zu können.

Die Regierung hatte für ihre Unterschrift zwei Vorbehalte gemacht. Sie wollte nicht anerkennen, daß Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trage und sie wollte nicht deutliche Staatsbürger gleichzeitig welcher

Stellung den Siegern zur Urteilung aussiefern. Sie wollte das erste nicht, weil es die niederräuchligste Lüge der schamhaftesten Selbstbejüngung enthält, und sie wollte das zweite nicht, weil es eine Verleugnung der Staatshoheit darstellt. Unsre Schuldigen wollen wir selbst aburteilen oder wir wollen die Schuldigen aller Staaten vor ein neutrales unparteiisches Gericht stellen. Die Entente hat es abgelehnt, ihre Staatsbürger vor ein ausländisches neutrales Gericht zu schicken; sie zwingt uns aber, deutsche Volksangehörige vor ihr Parteigericht zu senden.

Sie zwingt uns, denn sie hat die Macht. Und Macht geht vor Recht und Gleichberechtigung. Heute wie immer in dieser kapitalistischen Welt. Die Mächtigen der Entente haben noch am späten Abend des 22. Juni die

deutschen Vorbehalte abgelehnt.

Sie verlangen, die glatte und bedingungslose Unterzeichnung des Marterinstrument, das sie am 16. Juni übergeben haben. Die Zeit für Diskussionen, Einschränkungen und Vorbehalte ist vorbei. Entweder das Ganze annehmen oder ablehnen, für den ersten Fall — so fügen sie jetzt schon hinzu — werden die alliierten Sieger Deutschland für die Durchführung jeder Bestimmung des Vertrags verantwortlich machen. Damit sind auch die beiden bescheidenen Bitten nach einer Revision des Vertrags binnen zwei Jahren abgeschlagen. Weder mit Bitten noch mit Vorbehalten lassen die Machthaber der Entente sich röhren. Sie haben die Macht, sie befiehlt.

Am Montag zum Dienstag wird die deutsche Regierung über diese Antwort beraten haben. Es ist kein Zweifel, daß Montag früh nach Versailles an den deutschen Vertreter die Weisung gegangen ist, auch die letzte Forderung der Unerbittlichen zu erfüllen, den Vertrag so, wie er ist, zu unterzeichnen. Andernfalls würde Montag abend der Kriegszustand eintreten, den die Volksvertretung mit ihrem Votum verhindern wollte und verhindern mußte.

Der barbarischste Gewaltfriede, den die Geschichte kennt, wird von deutschen Händen unterschrieben werden müssen. Die Untergrünen werden geleistet

mit geschlossenen Augen.

Mit geschlossenen Augen verfolgt das ganze deutsche Volk die Unterwerfung des Sklavenvertrags. Es erschauert und erhebt vor dem Uebermaß an Lasten, die es übernehmen muß.

Aber die geschlossenen Augen werden sich wieder öffnen. Und andre Augen anderer Völker, die bislang künftlich mit Blindheit geblendet worden sind, werden sich aufrufen und erkennen, was der erbarmungslose Wille der imperialistischen Sieger angerichtet hat. Und sie werden den Willen auslösen, dieses Schmachwerk der Raubgier und Unterdrückung zu zerreißen und zu zerbrechen.

So wenig ein großes Volk sterben kann, so wenig kann die nackte Gewalt leben. —

Die Sitzung der Nationalversammlung.

Weimar, 22. Juni 1919.

Am Ministeramt Bauer, Erzberger, Hermann Müller, Rose, Schröder, Bell, Mayer, Robert Schmidt, Giesberts, Wissel, David, Höch, Bloch, Geiß, Gradauer.

Präsident Scheidemann eröffnet die Sitzung kurz nach 12 Uhr. Das Haus ist stark besetzt. Die Tribünen sind überfüllt. Auf der Tagesordnung steht die Enthegnung einer Erklärung der neuen Reichsregierung.

Reichsministerpräsident Bauer:

Der Reichspräsident hat mich mit der Bildung des neuen Kabinetts an Stelle der zurückgetretenen Regierung Scheidemann betraut. Als Mitglied der bisherigen Regierung kann ich deren Tätigkeit keine Anerkennung geben. Wohl aber kann ich den auscheidenden Mitgliedern, insbesondere dem Reichspräsidenten Scheidemann Worte der Dankes für ihre hervorragende und aufopferungsbetriebe Tätigkeit nicht versagen. (Beifall links.) In diesen Danks soll auch die Arbeit der Friedensdelegation eingeschlossen sein. (Erneuter Beifall.)

Der Rücktritt des Kabinetts Scheidemann

ist erfolgt, weil eine einheitliche Haltung gegenüber dem uns vorgelegten Friedensschluß nicht mehr vorhanden war. Vielmehr standen sich die Parteien im Kabinett gegenüber, aber nicht getrennt nach Parteien, sondern getrennt nach dem Verantwortlichkeitsgefühl jedes einzelnen Mitgliedes. Der Streitpunkt ging mittlerweile durch die Reihen der Regierungsparteien. Die Antwort, die man auf die Frage gab, was für das deutsche Volk wünschbar sei, die Annahme oder die Ablehnung, war innerhalb der Parteien im höchsten Grade verzweigt. Es war jedoch für uns, der der früheren Regierung angehört, ein bitterer und schmäler Kampf zwischen emporem Gefühl und tiefem Verzweiflung.

Unendlich schwer war für uns alle der Entschluß, den neuen Regierung

beizutreten, deren erste und schnellste Aufgabe es sein muß, den Krieg zu beenden abzuschließen. Die Not von Land und Volk hat uns zusammengeführt. Wir durften uns nicht verabscheinen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollten. Deutlich auf einem regierungsfreien chaotischen Zustand zu überlassen, aus dem es keine Rettung mehr gegeben hätte. Wir stehen nicht aus Parteiinteresse und noch weniger — daß werden Sie mir glauben — aus Ehrgeiz an dieser Stelle. Wir stehen hier aus Freiheit geprägt, aus dem Bewußtsein, daß es unsre verdommte Schuldigkeit ist zu retten, was zu retten ist. Das die Deutsche Demokratische Partei geglaubt hat, mit der Stellung der Mehrheit ihrer Mitglieder eine Teilnahme an der Regierung nicht vereinbar zu können, bedauern wir außerordentlich. Unsre demokratischen Kollegen in der bisherigen Regierung waren uns lohne und wertvolle Mitarbeiter in dem Kampf um eine neue Staatsform und eine neue lebendige Staatsidee. Die Regierung, deren Präsidium zu übernehmen ich die Ehre habe, steht sich

zusammen aus Zentrum und Sozialdemokratie.

Das Programm des neuen Kabinetts wird dasselbe bleiben, das der Regierung Scheidemann zugrunde gelegen hat. Die Zusammenstellung des neuen Kabinetts ist folgende: Präsident: Bauer. Justizwirt: Hermann Müller. Finances: Dr. David. Reichsfinanzminister: Erzberger. (Wahl rechte. Stufe im Zentrum: Stuhel) Wirtschaftsminister: Wissel. Arbeitsminister: Schröder. Schatzminister: Mayer (Kaufbeuren). Post: Giesberts.

Reichsverteidigungsminister: Rose. Ernährungsminister: Schmidt.

Das Reichsjustizministerium bleibt vorläufig unbesetzt. Und nun die erste Frage: Wie steht das Kabinett, wie stehen die Männer zu dem

Problem des Friedensschlusses?

Was ist die Antwort: Ja oder nein? Die Reichsregierung kann es nur zu gut verstehen, wenn angesichts der Friedensbedingungen unserer Gegner eine helle Empörung den einzelnen und die Gesamtheit fortreibt und wenn diese Empörung sich Lust zu machen sucht. Aber wenn ich bei der Uebernahme meines schweren Amtes eine Bitte aussprechen darf, so ist es die: Lassen Sie die Frage Annahme oder Ablehnung nicht zur Partei auseinander. Glauben Sie auf der einen Seite nicht, daß der Verfechter der Ablehnung vollstreng Chauvinisten oder Interessenspolitiker seien, die einen Vorteil ihrer Klasse oder des Geldbeutels mit der Verweigerung der Unterzeichnung verfolgen. Glauben Sie aber auf der andern Seite auch nicht, daß die Frauen und Männer, die sich nothgedrungen und unter Selbstüberwindung zur Annahme durchgerungen haben, freig oder schlapf seien und kein Gefühl für nationales Rechtsbewußtsein hätten. Wer sich ernsthaft mit der Frage Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung beschäftigt hat, weiß ganz genau, wie ungemein schwer diese Entscheidung ist. Auf beiden Seiten liegen gewichtige Gründe, die kein verantwortlicher Mensch übersehen kann.

Heute ist zu entscheiden nach der einen oder andern Seite hin. Die Zeit der Erwägungen und Abwägungen ist vorüber, die Stunde des Handelns ist gekommen und damit die Stunde der Verantwortung. An dieser Verantwortung trägt jeder von Ihnen einen Teil mit. Die Reichsregierung ist sich vollkommen bewußt, daß die Zustimmung Ihrer Mehrheit sie wohl im demokratischen Sinne entlasten kann, daß sie im Geiste der parlamentarischen Verfassung handelt, wenn der Wallstrater dieser Mehrheit ist. Aber sie weiß ebenso, daß sie trotz aller Vertrauensfundgebungen vor Volk und Geschichte nur eine wahre Rechtfertigung haben kann, wenn sie rückhaltlos nach Prüfung der Sachlage und der Verantwortung entscheidet und nicht nach Parteistimmung schließt. (Beifall.) Glauben Sie mir, wir hoffen, in diesem Sinne geprüft und entschieden zu haben angehoben der Gegenwert und Zukunft unseres Volkes und unter der netztrendigen Verstärkung des Willens der Nationalversammlung. Wie immer jeder einzelne von Ihnen zur Frage der Annahme oder Ablehnung steht.

In einem sind wir alle einig:

In der schärfsten Beurteilung des uns vorgelegten Friedensvertrags, zu dem wir unter unerhörtem Drang unserer Ideale gerufen sind.

Als wir zum ersten Male diesen Entwurf lasen, kam aus dem ganzen Volke wie aus einem Mund der Protest der Empörung und der Ablehnung. Wir haben die Stimmen von Ihnen und von den Parteien gehört, haben mit gehörigstem Respekt verneint müssen, daß wir wehrlos den Feind der andern Völker geprägt werden. Wir haben Gesetzgebung gemacht und opferwillig wie noch nie ein andres Volk gewesen. Die Wirkung aller dieser Proteste, die Bildung unserer Bereitschaft, wieder gutzumachen, weit über jenen Willen hinaus, war, daß im Verhältnis zum Ganzen die bestehenden Amilderungen von Bedeutungen und Bedeutungslosen beklagt wurden. Am Montag abend soll der Kampf neu beginnen, wenn nicht unser Ja gegeben wird. Es ist der Krieg beginnen, zu dem jedes Instrument bereitsteht, gegen ein wehrloses und waffenloses Volk, das nur eines Gebots kennt.

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 144.

Magdeburg, Dienstag den 24. Juni 1919.

30. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 23. Juni 1919.

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot.

Vom Preseamt geht uns dieser Bericht zu:

Auf Veranlassung des städtischen Wohnungsamts fand im Stadtverordneten-Sitzungssaal eine Versprechung zwischen dem zuständigen Magistratsdezernenten und Vertretern der hiesigen militärischen Verwaltungsstellen statt. Gestipdelt wurde, daß die überwiegende Mehrzahl der bisher vom Militär zu Bureauzwecken benötigten Privatwohnungen geräumt sind oder in alter Fülze zur Verfügung gestellt werden können. Die seinerzeit in Aussicht genommene Räumung der Schule am Fischerhof ist nicht zu verwirklichen gewesen, weil das darin untergebrachte Depot anderweitige Unterkunft noch nicht hat finden können. Erborgehoben wurde, daß die derzeitige Truppenbesetzung Magdeburgs stärker ist als in Friedenszeiten, deshalb sei es auch beim besten Willen nicht möglich, zurzeit Kasernen für Wohnzwecke freizumachen. Die Angehörigen der hier stehen den Truppenteile sind in den Kasernen und sonstigen Unterstandsräumen bereits stark oder sehr begrenzt, so daß die genannten Gebäude unter den heutigen Umständen nicht freizumachen sind. Für befehlsaleute Militärsoldaten werden in möglichst weitgehender Weise Wohnräume innerhalb der Kasernen-Grundstücke eingerichtet, da auch die Militärverwaltung großes Gewicht darauf legt, durch etwaige Maßnahme der Wohnungsnot und ihren Folgen entgegenzuwirken. Die Traininfanterie am Südenburger Tor wird in Kürze ebenfalls voll besetzt sein. Dem Verlangen, der Heeresverwaltung gehörige Bogenhäuser für Wohnzwecke herauszugeben, kann zurzeit nicht entsprochen werden. In den dazu geeigneten massiven Einrichtungen befinden sich hochwertige Militärgerätschaften und Ausstellungsgegenstände, besonders handgewichene Maschinengewehre, Kleingeschütze, Baumzeug, Sattel und andre Lederarbeiten. Es soll in einer Rüfung darüber eingetragen werden, ob diese Lagerungen vielleicht anderweitig untergebracht werden könnten.

Gewünscht wurde die Herausgabe von Baracken und Barackenmaterial aus Heeresbeständen. Seitens der Militärverwaltung wurden daraus hin Angebote von erheblichem Umfang gemacht, es wurde vorgesehen, das Material, das sich zum Teil hier, zum Teil außerhalb befindet, sofort zu beschaffen und im Falle seiner Verwendbarkeit zu erwerben. Betont wurde weiter, daß sich in Magdeburg Abwicklungsställe und Auslösungskommandos von zwei hier nicht beheimateten Armeekorps befinden. Durch ihre Verlegung würden die von ihnen benötigten Räume frei zu anderweitiger Verwendung. Es ist aber bis her dem heiligen Garnisonkommando nicht gelungen, diese Verlegung zu erwirken, es wurde vorgesehen, die Kriegsministerium noch einmal in dieser Angelegenheit vorstellig zu werden.

Endlich wurde festgestellt, daß jetzt noch sehr umfangreich Baracken und andere militärische Räume lagen. Zur Freimachung für Wohnzwecke wurde angeregt, diese Lagerungen an andern Plätzen unterzubringen und möglicherweise eine dahingehende Anweisung des Kriegsministeriums herbeizuführen. Bei der Behandlung der Barackenfrage wurde übrigens erwähnt, daß unter den Heeresgütern noch eine größere Anzahl zerlegbarer Baracken vorhanden ist, deren Freigabe zur weiteren Verwertung noch nicht erwirkt werden könnte. Der Leiter des Generalstabs betont zum Schluß, daß seitens der militärischen Stellen für die Bemühungen zur Bekämpfung der Wohnungsnot volles Verständnis vorhanden ist und daß dient hier sie durch weigendes Entgegenkommen nach Kräften zu unterstützen.

Sozialdemokratischer Verein. Am 6. Juli tagt der Bezirksparteitag. Auf diesem soll unter anderem auch der Entwurf unseres Bezirkstatus besprochen werden. Zur Vorberatung des Entwurfs tagen in den Bezirken Funktionärsversammlungen und in denselben Woche auch Bezirkssversammlungen. Letztere werden noch durch Zusammensetzung bestimmt. Funktionärsversammlungen finden statt: Bezirk Buckau am Dienstag den 24. Juni, abends 7½ Uhr, in der „Thalia“. Alte Neustadt am Montag den 23. Juni, abends 7 Uhr, bei Götz, Ostenbergstraße. Neue Neustadt am Dienstag den 24. Juni, abends 7 Uhr, im Hotel von W. Beckisch Morgenstraße 26. Am derselben Tage, abends 7 Uhr, Magdeburg-Nord, bei Eduard Holz, Dönhertstraße 22, und in Sudenburg abends 7 Uhr im „Goldenen Löwen“, Halberstädter Straße. Ferner tagen Sitzungen für Wilhelmstadt am Dienstag den 24. Juni, abends 7 Uhr, im „Elektrischen Funken“, Gr. Diesdorfer Straße, und in Friedrichstadt-Werder am Freitag den 27. Juni, abends 5½ Uhr, in der „Friedrichstädter Bierhalle“. Die Mitglieder werden auf die in dieser Woche tagenden Bezirkssversammlungen aufmerksam gemacht. In diesen muß Stellung genommen werden zu dem am 6. Juli tagenden Bezirkstag, auch muß die Wahl von Delegierten erfolgen. Ferner muß das Organisationsstatut beraten werden nach den Beschlüssen des Parteitags in Berlin. Die Zusammensetzung ist außerordentlich wichtig. Die Mitglieder werden erstaunlich plump und zahlreich zu erscheinen. Siehe Jägerat.

Eine Sitzung der Partefunktionäre, die sehr stark besucht war, tagte am Sonntag vormittag in der „Reitschule“. An Stelle des verhinderten Genossen Beims referierte Genosse Hähnlein über „Die politische Lage“. Der Krieg soll nun seinen Abschluß finden in den überaus harten Gewaltbedingungen der Entente. Die Neutralität steht vor einem Wendepunkt ihrer Geschichte. Der Redner führte deshalb noch einmal zurück auf die Leidenszeit des Kriegsjahrs 1914, den Zusammenbruch des alten Systems und die Aufrichtung des neuen Deutschlands. Diesem politisch freien Deutschland hat der Entente-Kapitalismus die drückenden Bedingungen aufgelegt. In diesen Gewaltbedingungen findet die Neutralitätspolitik der Sozialdemokratie während des Krieges ihre tragische Rechtfertigung. Die Sozialdemokratie sollte vor ihrem Volke dieses Elend der Unterwerfung fernhalten, darum muß sie für die Landesverteidigung ein. Die Entente will mit ihren Gewaltmaßregeln den Sozialismus trennen. Das unzweckhafte Deutschland, um damit alle Formen des Sozialismus zu erledigen. Deutschland muß die Bedingungen annehmen, es bleibt ihm kein Ausweg. Hilfe durch die Weltrevolution ist dem deutschen Volke nicht geworden und wird auch in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sein. Als die Bedingungen übertritten wurden, mußte mit allen Mitteln berücksichtigt werden, Verhandlungen einzugehen. Das hat die deutsche Regierung und die Sozialdemokratie getan. Die Unabdingbarkeit, die sofort für bedingungsloses Unterstehen entschieden, habe dem deutschen Volk einen schlechten Dienst erwiesen. Der Redner gingßerdem auf innerpolitische Verhältnisse ein. Den Ausbau Deutschlands im Sinne des Sozialismus sind durch die Bedingungen neue Hindernisse entstanden. Manche Hoffnungen und Befürchtungen wird man zwecklos stellen müssen. Rätselhaft ist, daß die Arbeiterschaft fast ruhig und die Lage Deutschlands erkennt.

In den letzten und interessantesten Diskussionen kommt zum Ausdruck, daß man in der Ausführungsarbeit größere Ultimat entwidmet müsse. Es darf nicht verklausen werden, daß die Beamtentumung, die die Partei zu tragen habe, unzureichend groß sei. Angenommen wurde folgender Antrag des Großen Kreisler: „Die Funktionäre Magdeburgs halten eine großzügige Ausflämmungsvorschau, und über unseres Patient bei der Unterzeichnung des Friedensvertrags für unabdingbar.“

forderlich. Sie beantragen das Bezirkssekretariat, diese Ausführungsarbeit sofort aufzunehmen.“ Genosse Schonek erfuhr den Vorstand, in den Bezirkssversammlungen beliebende Vorträge über wichtige aktuelle Fragen des öffentlichen Lebens halten zu lassen. Außerdem wurde verlangt, den Funktionären einen Vortrag über Sozialisation halten zu lassen. Der Vorstand sagt Erfüllung dieser Wünsche zu.

Sozialdemokratischer Verein. Bezirk Alte Stadt - Süd. Auf die am Dienstag abend stattfindende Bezirkssversammlung in den „Drei Hasen“ wird hierdurch nochmals hingewiesen.

Veranstaltung der sozialdemokratischen Beamten. Es wird nochmals auf den am Dienstag, abends 8 Uhr, stattfindenden Vortrag des Genossen W. Haupf aufmerksam gemacht. Er findet in der „Reitschule“, Dönhertstraße, statt. Falls noch Zeit zur Verfügung bleibt, wird Genosse Pohl einen Vortrag halten über „Die Trennung des Religionsunterrichts von der Schule“.

Die Deutsche Volkspartei und der Friede. Am Sonntag vormittag fand im „Fürstentum“ eine Kundgebung der Deutschen Volkspartei statt. Zwei der vorgezogenen Redner waren nicht erschienen, da sie als Mitglieder der Nationalversammlung an der entscheidenden Sitzung in Weimar teilgenommen hatten. Aber auch Professor Dr. Leidig und Fräulein Pöhlmann ließen in ihren Reden klar erkennen, welchen Kurs diese Leute steuern wollen. In jener Stunde, da in Weimar das neue Kabinett um die Zustimmung der Volksvertretung zur Unterzeichnung nachsucht, um das fünfjährige Kriegsende mit seinem fürchterlichen Zusammenbruch, in das uns die Leute vom Schlag der Volkspartei hineingeführt haben, abzuwischen, da predigen die „Volksvertreter“ von neuem Hoffnung und Heben zu neuen Kriegen. Den letzten Hohenholz werden Lobeshymnen gesungen, die Jugend wird aufgerufen, sich auf den Kampf der Revolution vorzubereiten. Der Sozialdemokratie und auch den Demokraten wurde der schärfste Kampf angezeigt und ihnen natürlich auch die Schuld an unserer heutigen Lage in die Schuhe geschoben. Wie die Redner selbst zugeben, ist allerdings ihr Häuslein noch klein, aber sie rechnen damit, daß ihre Anhängerchar wächst und der Tag der Revolution nicht allzufern ist. Eine Aussprache gab es natürlich nicht, mit dem Bilde „Deutschland, Deutschland über alles“ wurde die Kundgebung geschlossen.

Der Centralverband der Handlungsgehilfen veranstaltet in dieser Woche in allen Stadtteilen Bezirkssversammlungen, die sich u. a. mit der Durchführung und Auslegung des Angestellentarifes beschäftigen werden. Siehe Jägerat.

Die Angestellten der Buckauer Maschinenfabrik nahmen in einer sehr stark besuchten Versammlung am Freitag im „Schwarzen Adler“ Stellung zu der von der Direktion erfolgten Auslegung des Tarifvertrags. Herr Bach vom Centralverband der Handlungsgehilfen und Mitglied der Tarifkommission für Kaufmännische Angestellte hatte das einleitende Referat übernommen und führte etwa folgendes aus: Obgleich der Tarifvertrag recht geringe Windergebnisse feststellt, werden diese durch allerhand Auslegungen seitens der Arbeitgeber noch gedrückt. Als Mitglied der Tarifkommission habe er, Redner, die Auslegung bei der Buckauer Maschinenfabrik geprüft und gefunden, daß hier der Tarif ganz offiziell umgangen ist. Wie kommt eine Firma dazu, Lohn- und Hilfszettelhalter in die Klasse 1 zu setzen? Während viele Industriearbeiter in die Klasse 2 zu setzen? Während viele Industriearbeiter in die Klasse 2 bringen, weil sonst keine Verbesserung der Gehälter eintreten würde, verweist die Buckauer Maschinenfabrik die Angestellten der Klasse 2 in die Gruppe 1 zurück. Hierzu muß angefordert werden, daß alle Beschäftigten, die in der Angestelltenversicherung sind, auch unter den Tarif fallen. Angestellte in leitenden Stellungen, Expedientenleiter, Lagerbeamter u. m. gehören in die Klasse 3 bzw. in die Klasse 4. Ganz entschieden muß dagegen Einpruch erhoben werden, daß die Direktion über die Auslegung des Tarifes mit den Angestellten einzeln verhandelt, und den Angestelltenentschluß übergeht. Es besteht der Verdacht, daß ein bestimmter Einfluß zum Nachteil der Angestellten ausgeübt werden soll. Der Angestelltenentschluß bei der dortigen Firma vertrete nicht genügend die Interessen der Angestellten, sonst hätten diese ganz unerhört Auslegungen sowie die Nebenkündigung des Ausspruches nicht vornehmen dürfen. Die Angestellten werden sich eine solche Vertretung ihrer Interessen nicht gefallen lassen, und die Einreichung in den Tarif des Schlüttungsausdrucks überlassen. In der recht leichten Aussprache gab auch Herr Küntler als Mitglied der Tarifkommission für technische Angestellte seiner Meinung über die Einreichung bei der Buckauer Maschinenfabrik Ausdruck. Aus den Worten der Angestellten ging die einmütige Unzufriedenheit mit der Auslegung des Tarifvertrags und mit der Haltung des Angestelltenentschlußes hervor. Die Entscheidung des Schlüttungsausdrucks als letzte Instanz wurde von allen Rednern befürwortet, da man für weitere Verhandlungen mit der Direktion keine Einigung verspricht.

Entgegnung des Schneiderverbandes. Zur Berichtigung der Weitabilität „Edeleitweiss“ bemerkten wir folgendes: Der Betrieb mußte geschlossen werden, da trotz der liebevollen Behandlung der paar Streittheile der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden konnte. Da hat doch wohl die von uns beschlossene Sperrung ihre Wirkung nicht verfehlt. Eine Maßreglung ist nicht erfolgt, das stimmt, denn es sind deren zwei. Daß die Firma vom Betriebsausschuß nur gemäßregelt sein soll, weil sie als solche ihre Wirkung erfüllt habe, beweist ja, daß fortwährend andre Gründe hervorgeführt werden. Zuviel sollte sie eine unehrliche Neuerung geben haben. Nachdem wohl eingezogen worden war, daß eine allgemeine Neuerung kein Erfolgsgrund sein kann, wurde angegeben, daß fehlerhafte Arbeit der Grund sei. Der Firma ist schon nachgewiesen, daß dieses Auszuhaltungsmitglied nicht schuld war an einem vorgekommenen Fehler. Schuld hat die Firma selbst. Wenn sie als Hilfe vornehmend neue Kräfte einstellt, die sich erst einarbeiten müssen, können wohl Fehler vorkommen. Am originellsten ist der in der Berichtigung angeführte Grund. Er klingt recht militärisch und läßt auf einen sehr freundlichkeitlichen Ton schließen. „Widerständliches Benehmen“ bedeutet es dann zu sein, wenn ein Arbeiter sich das Recht herausnimmt, sich zu verantworten. Die Arbeitsverhältnisse mögen früher gut gewesen sein, aber in letzter Zeit gleicht doch der Betrieb einem Laubensitz.

Verteidigung der Schneider, Schneiderinnen und Schneiderarbeiter. Von der Radrennbahn. Das von Lautenbach besuchte Rennen um den Großen Preis von Magdeburg erfüllte nicht ganz die gebrachten Erwartungen. Rosenthal und Pawlow vermochten den zufliehenden Stellbrink wenig Widerstand zu leisten. Stellbrink wurde durch verschiedene Rad- und Motorräder auf den vierten Platz geworfen. Die von guten Fahrern bestreiteten Fliegerrennen brachten folgende Ergebnisse: Großer Preis von Magdeburg hatten folgende Ergebnisse: Großer Preis von Magdeburg, 1200 Meter: Heinz Stoß, Schenkel, Herbst, Borges Jahren, 1800 Meter: Heinrich, Janowski, Schenkel, Maak, Einzelwettbewerb, 1200 Meter: Heinrich, Janowski, 100 Kilometer: Heinrich, Janowski. Dauerrennen über 100 Kilometer: Erster Lau, 20 Kilometer, Zeit: 20 Min. 15 Sek.: Stellbrink, Schenkel, Pawlow, Rosenthal, Zweiter Lau, 30 Kilometer, Zeit: 30 Min. 45 Sek.: Stellbrink, Rosenthal, Pawlow, Schenkel, Dritter Lau, 50 Kilometer, Zeit: 53 Min. 36 Sek.: Stellbrink, Pawlow, Rosenthal, Rosenthal. Gesamtergebnis: Stellbrink 1 Stunde 44 Minuten 56 Sekunden, Rosenthal 5660 Meter, zweiter Lau, Pawlow 53 Minuten 56 Sekunden, Schenkel 51 Minuten 56 Sekunden.

Bewohnerbewegung. Nach Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg betrug in der Woche vom 8. Juni bis 14. Juni 1919 die Zahl der Geschlechtungen 82; der Geborenen (Vorwoche) 39 männliche, 41 weibliche zusammen 80; der Gestorbenen 45 männliche, 46 weibliche, zusammen 91 (Vorwoche) männliche, weibliche, zusammen 45; die Zahl der gemeldeten Infektionskrankheiten, und zwar: Schorlach — (davon — auswärtig), Diphtherie und Krupp 12 (—), Unterleibskrankheit (—), Kindbettfieber (—), Ruhr (—), Genickstarre (—).

Gestohlen wurden am 19. d. M. aus einer verschlossenen Wohnung in der Grünearmstraße 900 Pf. bares Geld; aus einer verschlossenen Wohnung in der Brandenburger Straße eine gelbe Bettdecke, eine rote Plüschtdecke und ein buntgefarbtes Tischläufer; aus einem verschlossenen Stoll am alten Biehofs acht Hüttner und fünf Kaninen; in der Nacht zum 20. aus einer Bodenlammer am Kaiser-Otto-Ring Gardinen, Unterländerteile und Pelzdecken; aus einem verschlossenen Keller am Sedanring 50 Flaschen Rot- und Weißwein; am 20. in der Kaiserstraße ein Fahrrad „Mare“ (Fabriknummer 10 226); aus einer verschlossenen Bodenlammer in der Sternstraße 20 neue Herrenhemden mit der Wäschenummer 240, 28 Sichtgraben, 16 Vorhängen, ein grauzweckelter Sommerüberzieher, ein schwarzes Jackett, eine gelbgestreifte Hose, eine helle Weste, ein grauer Militärrock und hohe, zweit Reithosen und 2 Paar Militärhandschuhe; in der Nacht zum 21. aus einem Schaukasten am Königshof 18 Doubletten; aus einem Keller in der Halberstädter Straße mehrere Flaschen Weiß- und Süßwein und 50 Flaschen Weinbrand-Bognat; aus einem Schaukasten in der Kaiserstraße vier weiße Bettbezüge und sechs weiße Bettlaken; am 21. in der Bismarckstraße ein Fahrrad mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen und gerader Lenkstange; an Hauptbahnhof ein Fahrrad „Hahn“; vom Vorlande der Alten Elbe ein blauer Anzug, ein gefreites Oberhemd und ein Paar schwarze Schnürschuhe; in der Kaiserstraße ein Fahrrad mit schwarzem Rahmen und gelben Felgen; aus einer verschlossenen Wohnung in der kleinen Diesdorfer Straße 1260 Mark Gold und ein goldener Trauring (gez. „F. M.“); aus dem Anteider Raum einer Badeanstalt ein Damen-Brillenträger; von einem Hofe in der Victoriastraße ein vierzäugiger Hundewagen; in der Nacht zum 22. aus einer verschlossenen Wohnung in der Linneberger Straße ein Fahrrad mit der Fabriknummer 75682, schwarzem Rahmen und schwarzen Felgen und 100 Zigaretten.

Diebstahl an zwei Pferden. Nach einer hier eingegangenen Mitteilung am 19. d. M. sind dort in der Nacht zum 22. d. M. einem Ziegeleibesitzer aus seinem Stalle zwei Pferde, ein 5jähriger Fuchswallach, leichter Schlag, mit schmaler Brust, und ein 6jähriger brauner Wallach, schwerer Schlag, geflohen worden. Die Kriminalpolizei erfuhr um Mitteilung, falls die gestohlenen Tiere hier zum Angestellten kommen, oder sonst in Erscheinung treten sollten.

Gigant geraubt. Am 22. d. M. morgens wurde ein Bauer aus Diesdorf festgenommen, der in der Nacht im Wartesaal des Hauptbahnhofs geschlafen und beim Verlassen des Bahnhofs einer bisher nicht ermittelten Person einen brauen Segeltuchhandschuh geföhnt hat. In dem Koffer befanden sich: fünf Gramm Römerzucker, ein blaues Jackett, eine schwarze Taille, fünf Blusen, eine schwarze Weste, eine wollene Unterjude, vier Paar Strümpfe, zwei Hemden, ein Beinkleid, eine Nachtkappe, zwei Paar Schuhe, ein Paar Pantoffel, zwei Stücke blaue Geflecht, ein Taschen- und eine Federlasche mit Stiftgarn. Der rechte Arm war am Handgelenk gebunden und am Rücken mit einer Kette befestigt.

Weiter wurden festgenommen ein wohnungsloser Arbeiter aus Oppeln, der in der Nacht zum 22. d. M. im Wartesaal des Hauptbahnhofs einem Arbeiter, der eingeschlossen war, eine Brieftasche mit Inhalt gestohlen hat; zwei männliche Personen von hier, die in der Nacht zum 22. d. M. versucht haben, in der Lesslinger Straße einen Einbruchsdiebstahl auszuführen; ein Fräser und eine Frau, in deren Betrieb etwa 200 Zentner Zucker gefunden sind, dessen rechtmäßigen Erwerb sie nicht nachweisen konnten, und den sie weiter zu veräußern suchten; ein Kutscher und ein Arbeiter, die aus der verschlossenen Niederlage einer hiesigen Firma größere Mengen Del gestohlen haben.

Überfahren. Die 6jährige Lisbeth D. aus Olvenstedt wurde am Sonnabend von einem Omnibus überfahren und erlitt einen komplizierten Oberschenkelbruch. Die Verunglückte wurde dem Krankenhaus übergeben.

Aus dem Fenster gestürzt. Am Sonnabend fiel der fünfjährige Knabe Erwin R. im Hause der elterlichen Wohnung, Olvenstedter Straße 31, in einem unbewachten Augenblick aus dem Fenster des dritten Obergeschosses auf den Hof und erlitt einen Schädelbruch. Der Verunglückte fand Aufnahme im Krankenhaus.

Von der Feuerwehr. Am Sonntag vormittag 10½ Uhr entstand in einem Wohnzimmer Kräuterweg 3 durch einen unbedachten Ofen ein Fußbodenbrand. Die zur Hölle herbeigerufene Feuerwehr beseitigte die Gefahr.

Theater, Konzerte &c.

Besprechungen.

Viktoria-Theater. Am Sonntag abend wurde Sudermanns „Johannissauer“ gegeben. An die Vorbereitungen einer Hochzeit luden die Freunde des Johannissauers und entzückten verborgene getragene Neigungen zwischen dem Bräutigam und einem Mädchen, das er nicht heiratet. Wie das Johannissauer fragt nicht nach Abschöpfungen und Familiengeschichte. Es heiratet seine Braut und zieht die and're, und zwar nicht nur platonisch, sondern ja, daß sie vor Gott seine Frau ist. Neben einer ziemlich allgemein geübten Familiengeschichte soll der Bräutigam der hellen Rübe liegen, die aber den Traum der Sinne lebendig machen. Die Stimmung, die das Stück von der Darstellung bringt, weil für den Dichter nicht gebracht hat, geben die Vertreterinnen der beiden Mädchentollen: Marika Schild als Heimchen und Grete Holz als Trude. Zwei tüchtige Leistungen. Von den Damen sind noch Adelheid (Frau des Vogelreiter) und Sophie Schenck-Weigand (Die Festseligkeit) zu nennen. Fritz Schmitz, Ludwig Bart, Alexander Ritter jüngten die Männer des Stüdes lebenswahr zu gestalten. Ihrer Kunst gelang es auch beizutragen. Die Leistungen der Darstellung und der Regie verdienen Anerkennung.

Mitteilungen der Direktionen. **Viktoria-Theater.** Heute Dienstag: „Johannissauer“. Mittwoch: „Gänseliesel“ vom Südparktheater in Hamburg. Das friedewandsche Schauspiel aus dem 80jährigen Kriege vor 1813. Dutzendkosten haben bei Nachahmung von 75 Pfennig Gültigkeit.

Wilhelm-Theater. Heute Dienstag verabredet sich Waldfriede in der Aufführung von „Dollarprinzessin“ als Hans Freiherr von Schmid. Für das am Donnerstag stattfindende Gastspiel von Gerda Sprangenberg steht ebenfalls ein reges Interesse. Die neue Schwanzoperette „Gentlemen“, welche am Sonnabend zum erstenmal in Szene geht, kommt auch Sonntag und folgende Tage zur Aufführung.

Siehe und ihre Eridelungen im Spiegelbild der Seiten. Der angekündigte Vortrag für Mittwoch den 25. Juni, 8 Uhr, in Müllers Tanzpalast, Apfelstraße 9, bringt neben literarischen Beispielen der exotischen Dichtung aus den verschiedensten Kulturregionen eine ausgedehnte Ansammlung verschiedener Bildstöcke (Blätter, Blätter, Grappler) vom

Bekanntmachung.

Auf Grund der Nr. 18 und 19 des Kommunalabgabegesetzes vom 14. Mai 1888 wird mit Zustimmung der Stadtoberordneten-Verordnung vom 5. Juni 1919 für die Stadtgemeinde Magdeburg folgender Nachtrag zur Ordnung für die Erhebung einer Biersteuer in der Stadt Magdeburg vom 24. Oktober 1918 erhoben:

Der § 1 der Biersteueroordnung erhält folgende Fassung:
Von allen Bieren, die im Gemeindebezirk Magdeburg gebrannt, verbraucht oder verkauft eingeschüttet werden, wird eine Gemeindesteuer erhoben und zwar:

1. für die Biere mit einem Alkoholgehalt von mehr als 1% . . . 10 Pf. fikt. 1 L. Hefelöller
2. für die Biere mit einem Alkoholgehalt von 1% . . . 80 Pf. fikt. 1 L. Hefelöller

Der Steuerbetrag wird der Mengeheit der Gefäße zu grunde gelegt, in denen sich das Bier zur Zeit des Eintritts der Steuerpflicht befinden hat.

S. 8.

Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage seiner Bekanntmachung in Kraft: Magdeburg, den 5. Juni 1919.

Der Magistrat, Seim. S.

Vorsteher der Nachtrag wird hiermit genehmigt.

Magdeburg, den 12. Juni 1919.

Namen des Beauftragten.

Der Vorsteher.

Die Verteilung: ges. Sachsenland.

Vorsteher der Nachtrag wird hiermit bestätigt.

Außerdem steht noch bestätigt: Über alles — außer in den Brauereien — am Vormittag des 24. Juni 1919 in Magdeburg vorhandenes Bier in den Händen einer schriftlichen Anmeldung in doppelter Ausfertigung beim Vorsteheramt Stephansbrücke 89, einzutragen, und zwar von den Biergeschäftsbetrieben auf den bisher üblichen Abrechnungsverordnungen, von den dortigen Bierverkaufsstellen und Bierwirten op. auf den Bierlagerhausauszügen (Bierzettel). Die Bierdrücke sind im Biersteueramt zu erhalten.

Abes. am 24. Juni nach 12 Uhr mittags erhalten Bier ist nach den bisherigen Bestimmungen der Biersteueroordnung anzuhellen. Magdeburg, den 21. Juni 1918.

Der Magistrat, Paul. Dr. Arnold.

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg Bezirksversammlungen

Montag den 24. Juni, abends 7½ Uhr: Magdeburg-Süd in den „Drei Löwen“, Breiteweg

Mittwoch den 25. Juni: Alte Neustadt bei G. Winter, Wilhelmstraße bei Friedrich, Gz. Diesdorfer Straße

Donnerstag den 26. Juni: Neue Neustadt im „Weißen Kreis“, Friedrichstraße

Freitag den 27. Juni: Untergasse im „Schall“, Dorfmeisterstraße, Friedrichshöhebörger im „Friedrichshöher Bierhaus“, Ritterstraße 7

Samstag den 28. Juni: Untergasse im „Gästehaus“ (neuer Saal), Halberstädter Straße.

3. Sitzungssitzung:

1. Sitzungnahme zum Bezirktag nach Organisations-Gutachten, 2. Wahl von Delegierten, 3. Die Belehnung des Parteidags in Berlin, 4. Vereinsabschlussergebnisse.

Wir erwarten von unseren Mitgliedern, daß sie die Versammlungen ernsthaft besuchen. Das Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Deutsch. Soldarbeiter-Berband

Verwaltungsstelle Magdeburg:

Mag. des 24. Juni b. 3. abends 7½ Uhr, in

der „Haus der Freiheit“, Breiteweg 2.

Am 25. Juni: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 26. Juni: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 27. Juni: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 28. Juni: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 29. Juni: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 30. Juni: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 31. Juni: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 1. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 2. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 3. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 4. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 5. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 6. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 7. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 8. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 9. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 10. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 11. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 12. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 13. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 14. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 15. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 16. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 17. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 18. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 19. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 20. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 21. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 22. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 23. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 24. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 25. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 26. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 27. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 28. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 29. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 30. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 31. Juli: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 1. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 2. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 3. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 4. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 5. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 6. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 7. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 8. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 9. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 10. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 11. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 12. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 13. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 14. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 15. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 16. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 17. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 18. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 19. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 20. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 21. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 22. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 23. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 24. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 25. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 26. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 27. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 28. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 29. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 30. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 31. August: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 1. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 2. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 3. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 4. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 5. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 6. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 7. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 8. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 9. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 10. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 11. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 12. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 13. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 14. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 15. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 16. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 17. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 18. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 19. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 20. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 21. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 22. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 23. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 24. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 25. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 26. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 27. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 28. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 29. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 30. September: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 1. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 2. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 3. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 4. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 5. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 6. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 7. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 8. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 9. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 10. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 11. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 12. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 13. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 14. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 15. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 16. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 17. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 18. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 19. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 20. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Am 21. Oktober: Bierhaus, Breiteweg 2.

Kleinkunstbühne
im Gesellschaftshaus Hohenzollern

Paul Foerster
der berühmte geistreiche Schmäldichter, ferner

Carl Carstens
und das übrige vorzügliche Juni.-Programm.
Wiener Schrammel-Konzert.
mit Anfang 8 Uhr abends. — 1850

ZL

Zirkus-Sichtspiele.
Bis Donnerstag:
**Der Liebe Macht,
des Rechtes Sieg**
Schauspiel aus der Zeit der Pest in Prag. 5 Akte.
In der Hauptrolle:
Lilli Breder.
Packende Handlung!
Hervorragende Darstellung!

Die verwunschene Prinzessin
glänzendes Schauspiel in 5 Akten mit
Eva May **1850**
Johannes Riemann
Leopold v. Ledebur.

Spieltag 4 bis 10, Sonntags 3 bis 10 Uhr.

Hofjäger

Leipziger Seidel-Sänger
der zweite, neue, große, glänzende Spektakel
mit **Bombenerfolg.** **1850**

Großes Militär-Konzert
mit 3 Sinfonien an einem Abend.
Mit morgens 4 Uhr bis abends 11 Uhr:

Viktoria-Theater

Waltala-Theater

Kasino-Theater

Lubero

Bei Andretti's Kleinstleben!
Breiteweg 118, ein Zuschauer
große Cabaret-Berträge.
Mit links ← Mit rechts → Mit Mitte

J. C. JUNIOR

KL

LICHTSPIELE

Heute und folgende Tage:

DOLORES

Zeidenschaft glühendes Drama in 4 Akten

Zu den Hauptrollen

Rita Clermont

Karl Beckersachs

Glänzende Ausstattung, hervorragende Darstellung, spannende, sensationelle Handlung.

Der Weiberfeind

Schauspiel in 3 Akten mit dem beliebten

Paul Heidemann

in der Hauptrolle.

Anfang 3 Uhr.

Tonbild-Theater

Colosseum

Weiße Wand

Gente und folgende Tage:

Die Rose mit dem Silberkreuz
Kriminalistisches Schauspiel in 4 Akten

Sie können bei mir schlafen
Süßspiel in 3 Akten

Pferderennen zu Magdeburg
im Juni 1919 (eigene Aufnahme)

Die Schuld
Drama in 4 Akten, mit
Henny Porten
in der Hauptrolle

Drei Tage tot
geheimnisvolles Detektivdrama in 3 Akten

Pferderennen zu Magdeburg
im Juni 1919 (eigene Aufnahme)

Die Boter-Bartie
Detektivschauspiel in 4 Akten mit
Max Ruhbeck und
Rolf Loer

Der fliegende Holländer
Lied-Zack-Züßspiel in 2 Akten

Anfang 8 Uhr.
In allen Theatern ganz hervorragend helle und klare Bilder.

ZENTRALE THEATER.
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Der dumme Franz! 145
Süßstück in 3 Akten.
Musik von R. Winterberg.

Müllers Askania
Böttcherstraße.
Telephon 625.
Am Mittwoch den 25. Juni
Großes
Gala-Kinderfest
unter Leitung von Fr. Löhne.
Um 3 Uhr Kaffee wird gebr.
Ergebnis: Lebet ein 204
R. Müller.
Zwischen am 13. und 14. Juli
Zuschauenden 8888

Beirüfturnfest
Gäste sind einige Gewerbe-
freunde werden.

Salon-Tanzinstitut
Bahnhofstr. 23, III
Persönliche Anfragen täglich v.
4 b. 6 Uhr nachm. erbeten.
Die hochverehrten Anhänger
der Tanzkunst erlaube ich mir
zur Ausklärung über 8380
moderne Tänze
zum Mittwoch, 25. Juni,
abends 9 Uhr, im großen Saale
des Hotels Kaiserhof, vis-
-à-vis der Ulrichskirche, ergebenst
einzuladen. Saalöffnung 7 Uhr.
— Zutritt unentgeltlich.

Stephanshallen
Klein-Kunstbühne
Direktion Rich. Froherz
Erstklassige 1860
Varieté-Vorstellung!
Näh. siehe Anschlagsäulen.
Gutes reichliches Mittags- u.
Abendessen ab 1 Mf. —
Schwertsgasse Nr. 22. 8055

TANZ
Walzer, Rheinl. u. Two-Step,
Kursus-Honorat f. Damen
Mf. 8.00, f. Herren Mf. 12.00
Separater Kursus für nur mod.
Tänze: Foxtrot, mod. Gavdas u. w.
jeden Freitag. Außerordentlich billiges Honorar!
Tanzinstitut Buckan
Admiralspalast. 8150

14. Stiftungsfest
und Fahnenweihe
unter Mitwirkung der Brudervereine vom 2. Kreis, 2. Bezirk.
Alle Einwohner von Biederitz u. Umgegend werden hierherzu
freundlich eingeladen.

Jüller's Wein-Diele
+ Kabaret +
Bar +
Kugelbogen-Schießgarten des Nachts
Zubehör-Sortiment

Im Juli, das Rennen macht.

Emil, nimm dich in acht!

Ganz Magdeburg lacht.

Fürstenhof-Drunkaal.
7 Uhr nach 2 Zeige: 10
Spieldauer: 100 Minuten
Beginn der Spiel: 7. Juli
Ende: 15. August

Tillys Berge
Friedrichsgr. 37, Forelle. 1000
Samstag 18.6.1919
die Berge - Bergungen nach den
gewöhnlichen Regeln am Sonntagnachmittag
die Bergungen erhalten durch Schießen
Beginn 8.00 Uhr endet 13.00 Uhr

Fürstenhof-Diele
Prinz-Albrecht-Straße 22
Taglich 4-Uhr-Tee

Kaffeeklatsch:
Das große 150
Juni-Programm

Ministerpräsident Bauer:

Graf Bosadowsky hat sich darüber gewundert, daß die Regierung es für etwas gehalten habe, sich bereits ein Vertragsvotum ausstellen lassen wolle. Das ist unverantwortlich. Graf Bosadowsky hat die Weisheit des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt nicht beachtet. Es handelt sich also nicht um Vorschlagsrechte, sondern um die Erfüllung einer verfassungsmäßigen Vorschrift. Dann hat Graf Bosadowsky die Regierung aufgefordert, dafür einzutreten, daß wenn wir einen Teil der Obrigkeit verlieren, eine gerechte Behandlung unserer deutschen Landsleute sichergestellt werden müßt. Ich kann die Zustützung geben, daß die Regierung alles tun wird, um die dienen Schutz sicherzustellen.

Abg. Haase (Unabh. Soz.):

Der Friedensvertrag entspricht auch nach den gemachten Konzessionen nicht unseren Grundsätzen. Wenn wir ihn trotzdem annehmen, so geschieht es unter der zwingenden Gewalt. Wenn wir ihn aber bei der größten Anstrengung nicht erfüllen können müssen, die Gegner sich damit abfinden. Wo nichts ist, da hat auch die Entente ihr Recht verloren. Die Ablehnung würde den sicheren Ruin bedeuten. Das verhindert unser Volk den Kriegsherrn. Mit der Behauptung, die Revolution habe uns wehrlos gemacht, wollen sich die Schuldigen nur decken. Wenn die Gegner das Augebiet festigen und die Kleinlinie abschneiden, fährt in zwei Wochen keine Eisenbahn, raucht kein Schornstein mehr in Deutschland. Das Hungergespenst würde durch die Massen des Volkes schreiten. Wir dürfen auch die 800 000 Kriegsgefangenen nicht vergessen, denen wir die Heimkehr ermöglichen müssen. Wird der Vertrag abgelehnt, so ist die Verschärfung des Reiches nicht aufzuhalten. Die rheinische Post kann dann zum ersten Drama werden. Wer kann dafür garantieren, daß die Entente unter einschlängende Erklärung annehmen wird? Wegen der zwey Punkte der Schuld am Kriege und der Auslieferung der Schuldigen darf der Vertrag nicht schließen. Von diesen Vorbehalten war gestern im Friedenssaal noch nicht die Rede. Ein neuer Krieg auszufangen, um die Schuldigen der Strafe zu entziehen, wäre noch ein größeres Verbrechen als die Ablehnung des Friedens bedeutet; denn

jeder muß diesen Frieden unterschreiben,

wenn einige Wochen ins Land gegangen sind. Wenn bei uns im Innern eine Verhüllung eintreten soll, so wird die Regierung eine andre Politik im Innern und nach außen treiben müssen. Das Volk erwartet zunächst einmal, daß wenn der Friede geschlossen wird, eine Amnestie erlassen wird. Es muß eine Versöhnung an die Stelle des brutalen Kampfes gegen die eigenen Volksgenossen treten, es muß die Freiheit an die Stelle des Belagerungszustandes gelegt werden. Es versteht sich nach unserer Haltung von selbst, daß wir dieser Regierung ein Vertragsvotum nicht ertheilen können, aber mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags sind wir einverstanden. Wir verstehen darunter einen Friedensvertrag, der angewendet und wahrgenommen werden muß, ohne Silberstacherei und hinterhältigkeiten. Wir haben die Hubertus, daß dieser Friedensvertrag gefordert werden wird, und dem Ententekapitalismus, der gerade mit diesem Vertrag den Sozialismus niederringen will, rufen wir zu: Ihr hemmt uns, aber ihr zwingt uns nicht. (Brifall bei der U. S. P.)

Ministerpräsident Bauer:

Herr Haase erklärt, kein Mensch, insbesondere nicht die Entente, habe an das Unannehmbar geglaubt. Soviel das antreffen sollte, wer trägt dann die Schuld daran? Die Unabhängigen Sozialdemokraten (Sehr richtig! und lebhafte Zustimmung), die fortgesetzt geschildert haben, der Antrag müsse untergegeben werden.

Abg. Rahl (D. Pkt.):

Die Deutsche Volkspartei lehnt ebenfalls diesen Frieden ab und sieht sich daher auch zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, einer Regierung, die eben zu dem Zweck sich gebildet hat, diesen Vertrag zu unterzeichnen, eben besonders Vertrauen zu schenken.

Abg. Hörsing (Soz.):

Um gestern der sozialdemokratischen Vertreter der Gebietsteile, die

mit dem Friedensvertrag unzufrieden waren, habe ich folgendes zu erläutern: Wir erkennen voll tiefsten Schmerzes unsre Stimme, um in der leidenschaftlichsten Weise gegen die Besetzung unsrer Heimat vom Vaterland Protest zu erheben. In uns hämmt sich alles auf gegen die furchtbaren Forderungen dieses sog. Friedensvertrags, die den inneren Zwiespalt und den hauernden Krieg in unserm Gebiet heimisch machen werden. Aber um unser Heimat nicht dauernd zum Schauplatz neuer blutiger Kämpfe zu machen und unsre Frauen und Kinder nicht erneut den Schrecken des Krieges auszusetzen, haben wir uns dennoch mit blutendem Herzen entschlossen, dem Vertrag unsre Zustimmung zu geben. Wir erklären aber in dieser leidlichen Stunde vor aller Welt und den Geistwelt, daß wir und die Männer und die Frauen, die uns durch ihr Vertrauen in die Nationalversammlung geschickt haben,

deutsch sind und bleiben wollen.

(Lebhafte Beifall.) Wir werden auch unser Leben lang die Hoffnung nicht aufzugeben, daß früher oder später die durch das Abgründ eines törichtigen und hässlichen Siegers von ihrer Heimat getrennten Gebiete den Weg zum deutschen Vaterland zurückzufinden werden. (Erneuter Beifall.) Wir gründen diese Hoffnung auf den Sozialismus (Laden rechts) und auf den Völkerbund (erneutes Laden rechts), der alle Nationen gleichberechtigt und zum Zwecke der Verhöhnung der Welt umfassen und wieder gutwischen wird, was die von Völkerbefreiung und Nationalität erfüllte Gegenwart uns antut. (Sehr wahrhaft bei den Soz.) Diese Erklärung ist unterschrieben von den sozialdemokratischen Abgeordneten der Provinzen West, Südpfalz, Westpreußen, den Abgeordneten des Saargebiets, Oberösterreichs und von Schleswig-Holstein.

Ein Schlussertrag wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Unter großer Unruhe wird zunächst zur

Abstimmung

geschriften über den Antrag: Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags einverstanden. Die Abstimmung ergibt die Annahme dieses Antrags mit 237 gegen 138 Stimmen bei 5 Stimmen Enthaltungen. Die Mehrheit besteht aus Sozialdemokraten, Zentrum und Unabhängigen und einer Anzahl Demokraten, die Minderheit aus den Mitgliedern der Deutsch-nationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei und der Mehrheit der Demokraten. Es folgt die Abstimmung über den Antrag: Die Nationalversammlung spricht der Regierung ihr Vertrauen aus. In nemantlicher Abstimmung wird dieses Vertrauensvotum mit 236 gegen 89 Stimmen bei 68 Enthaltungen (Demokraten) erteilt.

Volle Unterwerfung verlangt.

Als bald nach Sitzungsschluß der Nationalversammlung hat das Ministerium Bauer durch den deutschen Vertreter in Versailles, den Geheimen von Henkel unter Beifügung des Abstimmungsergebnisses im deutschen Parlament dem Viererrat der Entente folgende Note überreichen lassen:

Die Regierung der deutschen Republik hat vor dem Augenblick an, wo ihr die Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Regierungen vorgelegt werden, keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie in Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke diese Bedingungen als im Interesse eines Bündnisses mit der Grundlage befürchtet ansehen möge, die von den alliierten und assoziierten Mächten erwartet und Deutschland endgültig vollständig verhindert für den Frieden vor Rückzug des Mannes willende des angenommen werden. Sie hat unter Berücksichtigung dieser zwischen den Verbündeten bestehenden Verpflichtungen und offene Darlegung der Verhältnisse in Deutschland nichts unverachtet gelassen, um zum unmittelbaren Reizungsaufstand zu gelan-

gen, um durch eine Widerung der unerträglich harten Bedingungen zu erwirken, die es der Regierung der deutschen Republik möglich machen sollte, den Friedensvertrag vorbehaltlos zu unterzeichnen und seine Durchführung zu gewährleisten.

Diese im Interesse des Weltfriedens und der Völkerverbünden unternommenen Versuche der Regierung der deutschen Regierung scheiterten, obwohl sie an dem Standort festhalten an den Friedensbedingungen gezeichnet. Weitergehende Gegenbeschuldigung der deutschen Delegation fanden nur in einzelnen Punkten Entgegenkommen. Die gewünschten Erleichterungen verhinderten die Schwere der Bedingungen nur in geringem Maße.

Die alliierten und assoziierten Regierungen haben die Regierung der deutschen Republik durch ein am 28. Juni ablaufendes Ultimatum vor die Entscheidung gestellt,

den von ihnen vorgelegten Friedensvertrag zu unterzeichnen oder die Unterzeichnung zu verweigern. Für den letzten Fall wurde ein völlig verlorenes Volk mit der einzigen Weise auf die Auflösung der geforderten Friedensbedingungen und der Vermehrung der schweren Lasten bedroht.

Das deutsche Volk will nicht die Wiederaufnahme des blutigen Krieges. Es will aufrichtig einen dauernden Frieden. Es hat gegenüber der Haltung der alliierten und assoziierten Regierung keine andre Macht in der Hand als die Verurteilung auf das ewige unveräußerliche Recht eines selbständigen Lebens, das wie allen Völkern es auch dem deutschen Volk zusteht. Die Regierung der deutschen Republik kann diesem heiligen Recht des deutschen Volkes durch Anwendung von Gewalt teils Nachdruck verleihen, sie kann nur auf die Unterstützung durch das Gewissen der Menschheit

hoffen. Kein Volk, auch keine der alliierten und assoziierten Mächte, werden dem deutschen Volke zu mieten, einem Friedensinstrument aus innerer Überzeugung beizustimmen durch das lebende Glied vom Körper des Deutschen Reiches ohne Befragen der in Betracht kommenden Bevölkerung losgelöst die deutsche Staatsheit dauernd verlebt und dem deutschen Volk unerträgliche wirtschaftliche und finanzielle Lasten auferlegt werden sollen.

Die deutsche Regierung hat aus der im Osten abzutretenden Gebieten leidenschaftliche Kundgebungen der Bevölkerung erhalten, daß sie einer Abtrennung dieser größtentheils seit vielen Jahrhunderten deutschen Gebiete mit allen Mitteln sich widersetzen werde. Die deutsche Regierung sieht daher genötigt, alle Verantwortung für etwaige Schädigungen, die sich aus dem Widerstand der Bewohner gegen ihre Loslösung von Deutschland ergeben können, abzulehnen.

Wenn die Regierung der deutschen Republik gleichwohl bereit ist, die Forderungen der Alliierten unter nachhaltigem Vorbehalt zu unterzeichnen, so geschieht dies nicht aus freiem Willen. Die Regierung der deutschen Republik erklärt feierlich, daß ihre Haltung dahin zu verstehen ist, daß

sie der Gewalt weicht

in dem Entschluß, dem unjagbar leidenden deutschen Volk einen neuen Krieg, die Befreiung seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutsches Gebiets, entsetzliche Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Jurisdiktion der Kriegsgefangenen zu ersparen. Das deutsche Volk erwartet in Ansehung der gewaltigen Lasten, die es übernehmen muß, daß sämtliche deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen mit Beginn vom 1. Juli an in ununterbrochener Folge und in fester Kette zurückgegeben werden. Deutschland hat die feindlichen Kriegsgefangenen in zwei Monaten zurückgeführt. Die Regierung der deutschen Republik verpflichtet sich, die Deutschen aufzulegen, Friedensbedingungen zu erfüllen. Sie will sich jedoch in diesem feierlichen Augenblick mit rücksichtloser Macht ausüben, um jedem Vorwurf einer Unwahrhaftigkeit, der Deutschland jetzt oder später gemacht werden könnte, vorzuherrn entgegenzutreten. Die aufgelegten Bedingungen übersteigen das Maß dessen,

was Deutschland tatsächlich leisten kann. Die Regierung der deutschen Republik fühlt sich daher zu der Erklärung verpflichtet, daß sie alle Vorbehaltlosigkeit und jede Verantwortung ablehnt gegenüber den Folgen, die über Deutschland verhängt werden könnten, weil die Unmöglichkeit der Bedingungen auch bei stärkster Anspannung des deutschen Leistungsfähigens in Erachtung treten muß.

Deutschland legt weiterhin den größten Nachdruck auf die Erklärung, daß es den Artikel 281 des Friedensvertrags, der von Deutschland fordert, sich als alleinigen Urheber des Krieges zu befreien, nicht annehmen kann und durch seine Unterstift nicht steht. Daraus folgt ohne weiteres, daß Deutschland es auch ablehnen muß, die Ablehnung der ihm aufgebrachten Belastung aus der ihm zu Unrecht zugeschobenen Urheberschaft am Krieg anzuerkennen. Ebenso wenig kann es ein Deutscher mit seiner Würde und Ehre vereinbaren, die Artikel 221 bis 230 anzunehmen und auszuführen, in denen Deutschland zugemutet wird, Angehörige des deutschen Volkes, die von den alliierten und assoziierten Mächten der Befreiung internationaler Gefilde und der Befreiung von Handlungen gegen die Brüder des Krieges bestraft werden, den alliierten und assoziierten Mächten zur Aburteilung auszuliefern.

Better legt die Regierung der deutschen Republik entschieden die Gewalt an gegen die Befreiung des gekauften Kolonialbesitzes und die hierfür gegebene Begründung, die Deutschland die Befreiung der Kolonialen Bevölkerung dauernd abpricht, obgleich das Gegenteil feststeht und überdies in den Bemerkungen der deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen unwiderlegbar nachgewiesen ist.

Die Regierung der deutschen Republik nimmt an, daß es den alliierten und assoziierten Regierungen erwünscht ist, daß sie offen gesprochen hat, offen sowohl wesentlichem Willen, als auch ihre Vorbehaltlosigkeit. Sie glaubt daher unter Hinweis auf die Zwangslage, in die die Forderungen der Alliierten das deutsche Volk versetzen, eine Zwangslage, wie sie früher und folgen schwerer einem Volke noch nie auferlegt worden ist, unter Berufung auf die ausdrückliche Zusage der alliierten und assoziierten Regierungen in ihrem Memorandum vom 16. Juni 1919 bereitigt zu sein.

folgende billige Forderungen er die alliierten und assoziierten Regierungen zu richten, in der Erwartung, daß die alliierten und assoziierten Regierungen die nachstehende Erklärung als wesentlichen Bestandteil des Vertrags annehmen werden:

Inzwischen zwölf Tage vom Tage der Unterzeichnung des Vertrags ab gerechnet werden die alliierten und assoziierten Regierungen den gegenwärtigen Vertrag dem hohen Rat der Mächte so, wie er im Bündnis nach Artikel 4 eingezogen ist, zwecks Ratifizierung unterzutreten. Bei diesem hohen Rate sollen die deutschen Bevölkerungen die gleichen Rechte und Vorrechte genießen wie die Bevölkerung der anderen kontinentalen Mächte des gegenwärtigen Vertrags. Dieser Rat soll über die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags entscheiden, die die Rechte der Elbflotte im Innern des deutschen Volkes bestimmen, ebenso wie über die Bestimmungen, durch welche die freie Entwicklung der Wirtschaftsförderung verhindert wird.

Die Regierung der deutschen Republik möchte nun die im Schreiben vom 16. Juni 1919 geforderte Erklärung über Zustimmung in folgender Form ab:

Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, sofern jedoch damit einverstanden, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung zur Auslieferung nach Artikel 221 bis 230 des Friedensvertrags zu übernehmen.

Die Selbstherrscher der Entente haben am Sonntag abend auf diese Note die Antwort gegeben, daß sie die beiden Vorbehalte der deutschen Regierung — also die Ablehnung der deutschen Schuldenklärung und der Auslieferung Deutscher an alliierte Gerichtshöfe — ablehnen. Vielleicht trifft diese Ablehnung auch die „billigen Forderungen“ der deutschen Regierung, innerhalb zweier Jahre eine Revision des Gewaltfriedens mit dem Effekt anzunehmen, daß die deutschen Vertreter als dann volles Verhandlungrecht genießen, daß die Bevölkerung der abgerissenen deutschen Gebietsteile befragt und daß die volle wirtschaftliche Gleichberechtigung hergestellt wird.

Die Entente fordert also bedingungslose Unterzeichnung des Erdrosselungsfriedens. Sie läßt nichts, auch nicht das geringste abröhren. Die Folge davon ist, daß heute vor mittag die deutsche Regierung sich auch zu dieser bedingungslosen Unterzeichnung bereit erklärt haben wird. Außerdem würde ja trotz aller Selbstverleugnung, trotz aller Opfer der Kriegszustand am Montag abend 1/2 Uhr wieder beginnen.

Die deutsche Regierung hat das Recht hierzu. Dein Nationalversammlung hat ihr Einverständnis damit erklärt, daß der Friede unterzeichnet wird. Das deutsche Parlament hat daran keine Bedingung geknüpft noch einen Vorbehalt hinzugefügt.

Deutschland muß folglich diejenigen deutschen Staatsbürger, die die Entente binnen Monatsfrist auf einer Liste bezeichnen wird, den Siegern ausliefern. Das deutsche Volk muß durch die Unterschrift seiner Regierung außerdem bekennen, daß es die alleinige Schuld am Kriege habe. Wilson, der Mächtigste im Rat der Mächtigen, hat zwar vor noch nicht zwei Jahren erklärt, daß das deutsche Volk keine Schuld am Kriege trage, daß es den Krieg nicht gewollt noch herbeigeführt habe. Jetzt zwingt der schwere Wilson das deutsche Volk zur Unterschrift unter ein gegenseitiges Bekenntnis. Eine der vielen Handlungen, die der ehemalige Idealist Wilson unter dem Druck des alliierten Kapitals durchgemacht hat.

Die deutsche Regierung muß die Unterschrift leisten. Aber weder sie noch das deutsche Volk bekennen sich zum Inhalt der Erklärung. Die fachliche Schuld am Kriege ist in der sozialdemokratischen Erklärung aufgedeckt; die pernöliche wäre nur vor einem neutralen unparteiischen Gerichtshof zu untersuchen.

Über das deutsche Volk und seinen Schuldanteil wird nicht die Entente, sondern die Geschichte sprechen. Und die Geschichte wird das deutsche Volk genau so freisprechen wie alle andern Völker auch. Kein Volk wollte den Krieg wie denn noch nie ein Volk einen Krieg gewollt hat.

Das deutsche Volk steht darin genau so fleckenlos und rein da wie das französische, englische oder amerikanische. An dieser Wahrheit wird durch die erzwungene Unterstift nichts geändert. —

* * *

Eine Erklärung der Nichtunterzeichner.

Die fünfzehn Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, die gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrags waren, haben folgende Erklärung erlassen:

Wir unterzeichneten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der Verschöning gebunden. Nationalversammlung sind wie die Gesamtheit der alliierten Gewaltfriedens dem Wohle des Reiches und der deutschen Arbeiterklasse sowie dem Weltfrieden schädlich. Wir sind für Ablehnung des sogenannten Friedensvertrags, um unsre Gegner, falls sie auf die Durchsetzung der Bedingungen bestehen, in die Notwendigkeit zu versetzen, ihr selbst durchzuziehen und sich dadurch am wirkamsten vor der moralischen und materiellen Unmöglichkeit der von uns geforderten Betriebsnisse und Leistungen zu überzeugen. Wir lehnen deshalb die Zustimmung zu diesem Frieden ab. Wir wollen jedoch in Wiedergabe des Motivs, die für den Abschluß der Mehrheit maßgebend sind, und im Interesse der Aufrechterhaltung der Einheit der Partei davon absehen, in der Nationalversammlung abzusehen vor der Fraktion zu stimmen.

Gesetzgebung: Wolfgang Heine, Max Quere, Adolf Braun, Georg Schäfflein, Voigt, Antonius Pfäffli, Clara Böhm-Schuch, Hans Vogel, Michael Hierl, Th. Wolff, Hoffmann (Pfalz), Fischer (Berlin), Adolf Thiele, Th. Kogut, Otto Lautenberg. —

Außerdem ist zu bemerken, daß der bisherige Chefredakteur des „Vorwärts“, Friedrich Simons, zurückgetreten ist. Er war ebenfalls für Ablehnung des Vertrags, sagt allerdings, daß sein Rücktritt nicht auf die Haltung der Fraktionsmehrheit, sondern auf die augenblickliche politische Situation zurückzuführen ist. —

* * *

Die deutsche Flotte versenkt.

In Scapa Flow, dem englischen Hafen nördlich von Schottland, in welchem die ausgelieferten Kriegsschiffe der deutschen Flotte interniert waren, ist am Sonnabend eine Tat geschehen, die in der ganzen Welt Aufsehen erregen wird. Die deutsche Besatzung hat ihre Schiffe versenkt. Im ganzen rund 500 000 Tonnen Schiffsvolumen, die einen Wert von mehr als einer Milliarde darstellen. Die versunkenen Schiffe sind fast durchweg neuzeit und modernste Konstruktion. Es sind folgende:

Schlachtschiffe: Bayern, Sachsen, Kronprinz Wilhelm, Großer Kurfürst, Marschall, Friedrich der Große, König Albert, Kaiserin, Prinzregent Luitpold und Kaiser. Schlachtkreuzer: Hindenburg, Preußen, Berlin, Seeadler, Von der Tann. Kleine Kreuzer: Karlsruhe, Nürnberg, Emden, Köln, Dresden, Bremen, Braunschweig und das Spezialschiff Frankfurt. Die 50 Torpedoboote sind zum größten Teile Neubauten von je 700 Tonnen Tragfähigkeit.

Achtzehn Zerstörer wurden auf Strand gelegt, vier sind schwimmend, der Rest ist zerstört. Der deutsche Konteradmiral und die meisten Deutschen von Bord der Schiffe befinden sich unter Bewachung auf britischen Kreuzerschiffen. Einige Boote von den Schiffen, die zum Stoppen aufgefordert wurden, weigerten sich dies zu tun, und werden beschossen. Eine geringe Anzahl Deutscher wurde getötet oder verwundet. Entgegen den Wasserfliehungsbedingungen waren die Schiffe mit geringen deutschen Besatzungen ohne britische Wache an Bord interniert gewesen.

Es waren von englischer Seite Befehlshaben getroffen worden, um die deutsche Flotte am Montag zu belegen, falls der Friede gezeichnet würde, da die Schiffe in diesem Falle automatisch an die Alliierten übergegangen wären.

Rath einer Neuemeldung gingen die Befehlshaber nach Deffern am Fluss und riefen

